



Heidelberger Deklaration der 2. Deutschen Konferenz für Tabakkontrolle am 15. und 16. Dezember 2004

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz begrüßen sehr, dass der Prozeß der Ratifizierung der Internationalen Tabakrahmenkonvention (Framework Convention on Tobacco Control/FCTC) erfolgreich verlaufen ist und die Rahmenkonvention im März 2005 in Kraft treten kann.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz begrüßen ebenfalls, dass auch die Bundesrepublik Deutschland die rechtlichen Vorbedingungen zur Ratifizierung der Konvention geschaffen hat. Sie hat damit ihre Bereitschaft zur aktiven und wirksamen Tabakkontrollpolitik bekundet.

Gefordert wird nunmehr die zügige Umsetzung der Inhalte der Rahmenkonvention in Form eines Nationalen Tabakkontroll-Programms mit den folgenden vordringlichen Aufgaben:

1. Schaffung eines Gesetzes zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor dem Passivrauchen in öffentlichen Einrichtungen – wie auch vom Petitionsausschuß des Bundestages vor kurzem gefordert - sowie in Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr einschl. gastronomischer Betriebe bis spätestens 2006;
2. Umsetzung der 3. Tabaksteuererhöhung in geplantem Umfang bei gleichzeitiger Erhöhung der Feinschnitt-Besteuerung und einer verstärkten Bekämpfung des Tabakschmuggels;
3. die Einführung eines umfassenden Tabakwerbeverbots, das – entgegen den Bedenken der Bundesregierung – gemäß einer wissenschaftlichen Expertise des Staatsrechtlers Prof. Siekmann verfassungskonform ist bis spätestens 2007;
4. die unverzügliche Novellierung des Jugendschutzgesetzes dahingehend, dass die Altersgrenze bzgl. der Abgabe von Tabakprodukten von 16 auf 18 Jahre angehoben wird – die gleiche Altersgrenze sollte auch gelten für das Rauchverbot in der Öffentlichkeit;
5. die Abschaffung aller Zigarettenautomaten bis spätestens 2008.

Die Konferenzteilnehmerinnen und –teilnehmer fordern außerdem, dass Regierungs- wie Nichtregierungsorganisationen grundsätzlich kein Geld von der Tabakindustrie zur Finanzierung von Projekten im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich annehmen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 2. Deutschen Konferenz für Tabakkontrolle mahnen an, die Maßnahmen einer umfassenden Tabakkontrollpolitik nicht nur als notwendig in Anbetracht akuter gesundheitlicher Probleme der Bevölkerung, sondern – vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung - vor allem als ethische Verpflichtung gegenüber der nachfolgenden Generation in unserem Land zu betrachten.

**Heidelberg, 16.12.2004, für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz:
gez. Dr. Martina Pötschke-Langer, DKFZ und WHO-Kollaborationszentrum**